

## Pressemitteilung

### **SÜDWIND fordert: NRW-Landesregierung soll sich hinter ein starkes Lieferkettengesetz stellen**

**[Bonn, 03.04.2022 Um ein Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Achtung von Menschenrechten und Umweltstandards im Ausland verpflichten soll, wird im Bundeskabinett aktuell heftig gerungen. Der Ausschuss für Europa und Internationales des Landtag NRW berät in seiner morgigen Sitzung über eine Unterstützung eines solchen Gesetzesvorhabens durch die Landesregierung. Das Bonner SÜDWIND-Institut engagiert sich in der Initiative Lieferkettengesetz für einen gesetzlichen Rahmen und fordert die Landesregierung zu einer klaren Positionierung für ein starkes Gesetz auf.**

Kinderarbeit auf Kakaoplantagen, verheerende Arbeits- und Lebensbedingungen im Rohstoffabbau, ungeschützter Umgang mit Chemikalien in Gerbereien, Vertreibung für Agrarprojekte: Ob Unternehmen gegen Menschenrechtsverstöße in ihren Lieferketten vorgehen, ist bislang eine Frage des freiwilligen Engagements. Die Bundesregierung plant dies zu ändern und will mit einem Lieferkettengesetz Unternehmen in die Pflicht nehmen, Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte in ihren Auslandsgeschäften zu übernehmen.

Über das Zustandekommen eines solchen Gesetzes und seine Inhalte wird aktuell kontrovers diskutiert. Morgen befasst sich der Landtag mit dem Thema: Der Ausschuss für Europa und Internationales berät über einen Antrag der NRW-SPD, der fordert, dass sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung für ein Lieferkettengesetz stark machen solle.

„Aktuell blockiert das Bundeswirtschaftsministerium den Prozess zu einem Lieferkettengesetz und versucht, all jene Inhalte zu torpedieren, die dem Gesetz Wirksamkeit verleihen würden. Eine klare Stellungnahme der Landesregierung NRW für ein Lieferkettengesetz wäre ein wichtiges Signal in der laufenden Debatte“, kommentiert Eva-Maria Reinwald, Fachpromotorin für Globale Wirtschaft und Menschenrechte beim SÜDWIND-Institut in Bonn.

Reinwald hatte den Antrag der SPD-Fraktion im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens kommentiert. Darin weist sie auch darauf hin, dass viele Unternehmen zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen ein Lieferkettengesetz befürworteten. Unter den inzwischen 65 Unterzeichnern eines Unternehmensstatements finden sich auch Unternehmen aus NRW, z.B. der Kosmetikhersteller Dr. Bronner's und der Lebensmittelhändler Rewe.

Als Teil der Initiative Lieferkettengesetz, einem Bündnis von über 100 zivilgesellschaftlichen Organisationen, setzt sich SÜDWIND für eine starke und wirksame Regelung ein.

„Betroffene, die z.B. Angehörige bei einem Fabrikbrand verloren haben, müssen die Möglichkeit haben, gegen ein Unternehmen zu klagen, wenn ein Schaden durch angemessene Vorsorgemaßnahmen hätte vermieden werden können. Ein Lieferkettengesetz ohne Sanktionen wird nicht die nötigen Veränderungen bringen,“ so Reinwald.

**Weitere Informationen:**

Zum Antrag der NRW-SPD:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-8102.pdf>

Zur Stellungnahme von SÜDWIND:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST17-2834.pdf>

**Kontakt:**

Eva-Maria Reinwald

Tel.: 0228-763698-21

[reinwald@suedwind-institut.de](mailto:reinwald@suedwind-institut.de)

Nathalie Grychtol

Tel.: 0228-763698-14

[grychtol@suedwind-institut.de](mailto:grychtol@suedwind-institut.de)

*Seit fast 30 Jahren engagiert sich SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Anhand von konkreten Beispielen zu Missständen decken wir ungerechte Strukturen auf. Dabei verbinden wir unsere Recherchen mit entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und tragen Forderungen in Kampagnen, Gesellschaft, Unternehmen und Politik. SÜDWIND arbeitet gemeinnützig und unabhängig. Finanziert wird SÜDWIND aus Zuschüssen, Einnahmen aus Auftragsstätigkeiten sowie Mitgliedsbeiträgen und Spenden.*